

### TOP 3 Beschaffung von Straßensperren

Vielen Dank, Herr Traub, dass Sie die Realität anerkennen und entsprechende Maßnahmen ergreifen, die noch bis vor wenigen Jahren undenkbar waren. Knapp 70.000€ an Zusatzkosten, (das ist immerhin das 1,5-fache Jahresgehalt eines Bürgers) neben den ohnehin immer weiter ausufernden Ausgaben für Sicherheitsdienste auf Straßen- und Volksfesten. Hoffen wir, dass es für diesen Betrag dann auch ausreichend Poller gibt, damit diese nicht wie in Magdeburg einfach umfahren werden können. Oberkochen kann dies stemmen, andere Städte zum Teil nicht, so dass auch bereits Feste abgesagt werden mussten.

Kleine Anmerkung: Ein Schild mit der Aufschrift: "Amokfahrtverbotszone" wäre günstiger und einige Städte denken ja mittlerweile, dass das Einführen von "Messerverbotszonen" tatsächlich erfolgreich ist, zumindest wollen sie es den Bürger glauben lassen.

Wie haben sich die Kosten im Bereich „Security“ denn innerhalb der letzten Jahre entwickelt? Falls Sie die Zahlen nicht parat haben, reichen Sie uns diese bitte nach, danke.

Bitte erläutern Sie die Begründung, Sie schreiben, ich darf zitieren: „Angesichts der aktuellen Sicherheitslage und jüngster Vorfälle bei öffentlichen Veranstaltungen, wo es bei Menschenansammlungen zu gewaltsamen Zwischenfällen und sicherheitskritischen Situationen kam, ist ein erhöhter Handlungsbedarf im Außenbereich gegeben.“ Sie verweisen u.a. auf die Gefahr möglicher Amokfahrten, aufgrund der aktuellen Bedrohungslage, in enger Abstimmung mit den zuständigen Ordnungs- und Sicherheitsbehörden.

Beziehen Sie sich hier allgemein auf Deutschland, auf Baden-Württemberg, auf den Ostalb kreis oder spezifisch auf Oberkochen?

Wir können es absolut nachvollziehen, als Verantwortlicher wollen Sie die Sicherheit der Bürger gewährleisten und bei ca. 80 Messerangriffen pro Tag in Deutschland und unzähligen Amokfahrten und Anschlägen ist dies eine vorausschauende Entscheidung.

Ein wenig verwundert uns allerdings, dass wir das Thema „Sicherheit“ Ende 2024 angesprochen haben und neben der Forderung nach einer Erweiterung für einen Ordnungsdienst hatten wir ebenfalls um einen Lagebericht der Ortspolizei gebeten, der uns auch Ende Februar zugesichert wurde. Weder von dem Bericht haben wir etwas gehört, noch hat das Thema „Sicherheit“ im Gemeinderat und bei Ihnen Anklang gefunden, mit der Begründung, es sei zu teuer und wir würden nur „Ängste“ schüren. Die Ereignisse der letzten sechs Monate zeigen jedoch, dass diese Ängste begründet waren und wir immer Recht hatten. Uns geht es jedoch nicht primär um das „Recht haben“; an erster Stelle steht die Sicherheit unserer Bürger.

Wir bedauern sehr, dass man mittlerweile in Deutschland kein Stadtfest mehr ohne die sogenannten „Merkel-Poller“ durchführen kann, geben die Hoffnung aber nicht auf, dass sich am Ende die Vernunft in der Politik durchsetzt und bei den kommenden Jahren ein Politikwechsel die innere Sicherheit in Deutschland wieder gewährleisten kann.